

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Schlecht, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/4837 –

Exportüberschüsse abbauen – Wende in der Lohnpolitik einleiten

A. Problem

Forderung an die Bundesregierung, das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) einzuhalten und umgehend Gesetzentwürfe vorzulegen und Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, durch gezielte Stärkung der Binnennachfrage ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, insbesondere in dem die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Löhne erheblich stärker steigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4837 abzulehnen.

Berlin, den 30. September 2015

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/4837** wurde in der 109. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Juni 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. verlangt insbesondere,

- das Tarifautonomiestärkungsgesetz nachzubessern;
- das Verbot der Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen sowie die Beschränkung von Befristungen auf wenige sachgrundbezogene Ausnahmen rechtlich zu verankern;
- eine bessere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vorzusehen und
- gesetzliche Regelungen zur Förderung gerechterer Welthandelsbeziehungen vorzunehmen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/4837 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/4837 in seiner 53. Sitzung am 30. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/4837 in seiner 49. Sitzung am 23. September 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/4837 in seiner 49. Sitzung am 30. September 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** als antragstellende Fraktion erklärte, dass die Exportstärke der Bundesrepublik Deutschland in dem Maße zu einem Problem werde, wie sich das Verhältnis zwischen Exporten und Importen immer weiter zugunsten der Exporte ändere. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft schreibe eine ausgeglichene Handelsbilanz vor. Der IWF und die EU forderten, den über 6 Prozent betragenden Exportüberschuss abzubauen. Die Exportüberschüsse Deutschlands seien gleichzeitig Defizite der anderen Länder. Leiharbeit, befristete Beschäftigung, ein niedriger Mindestlohn, Werkverträge und hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleibende Löhne bildeten die Ursachen für fehlende Kaufkraft und daraus resultierende zu geringe Importe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass Deutschland gegen keine rechtlichen Regelungen weder innerhalb der EU noch in Bezug auf das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums verstoße. Auch seien die Exportüberschüsse nicht die Ursache für die Krise in anderen Ländern. Hinsichtlich der Wertschöpfungsketten könne sich ein Abbau von Exportüberschüssen angesichts des Vernetzungsgrades der deutschen Wirtschaft negativ auf ausländische Zulieferer auswirken. Die Forderung, die Importe zu erhöhen, setze voraus, dass entsprechende ausländische Angebote existierten. Aus den genannten Gründen lehne die Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, dass Versuche von Regimen, Exportquoten und Einkommen am grünen Tisch zu planen, spätestens vor 25 Jahren gescheitert seien. Eurokrise, Lohndumping und Stabilitätsrisiken könnten

nicht den Exporterfolgen angelastet werden. Die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft beruhten auf der hohen Qualität der Produkte. Ausländische Kunden seien der Überzeugung, dass Deutschland nicht billiger aber besser produziere. Kaufentscheidungen müssten den Konsumenten überlassen werden. Da der Antrag den Geist der Überzeugung atme, der Staat sei der einzige makroökonomische Akteur, lehne die Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beklagte, dass die Koalitionsfraktionen das Thema der Leistungsbilanzüberschüsse auf die Frage der Exportüberschüsse verkürzten. Es gehe nicht darum, einseitig die Exporte zu reduzieren, sondern den Investitionsstau zu überwinden und die Binnennachfrage zu stärken. Deutschland habe sich freiwillig EU-Verfahren unterworfen, im Rahmen des sogenannten Six-Pack bestimmte Indikatoren einzuhalten. Wegen des über 6 Prozent liegenden Leistungsbilanzüberschusses habe die EU-Kommission eine Stabilitätswarnung ausgesprochen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. greife allerdings zu kurz, sodass sich die Fraktion bei der Abstimmung enthalte.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/4837 zu empfehlen.

Berlin, den 30. September 2015

Andreas G. Lämmel
Berichtersteller